

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Die technologische Lücke zwischen den Supermächten 9. Hoffnung auf Reformen?  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092612>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die technologische Lücke zwischen den Supermächten

## Hoffnung auf Reformen?

Von Peter Sager

**In diesem letzten Beitrag einer Serie, in welcher der zunehmende technologische Rückstand der sowjetischen Planwirtschaft nachgewiesen worden ist, sollen abschliessend die positiven Möglichkeiten untersucht werden, die sich allenfalls aus der Wirtschaftsreform ergeben. Es kann sich im folgenden nicht um eine Geschichte der Reformen seit Stalins Tod handeln, sondern bloss um den Versuch, die Auswirkungen dieser Massnahmen abzuschätzen. Es beschäftigt uns also hier die Frage, ob die Wirtschaftsreformen jenes Klima schaffen können, die ein sowjetisches Aufholen gestatten würden.**

Chruschtschew geht als wirtschaftlicher Reformkommunist in die Geschichte ein. Aber auch seit seiner Versenkung wird weiter von Reformen gesprochen. Und Reformen werden auch ausgeführt. Vor deren Notwendigkeit konnte sich sogar die heutige Partei- und Staatsführung nicht verschliessen.

Es ist klar, dass die Sowjetführung von den Wirkungen der traditionellen Lösungsmethode für wirtschaftliche Schwierigkeiten — dem Zuschuss massiver Geldmittel — zunehmend enttäuscht sein muss. In den sechziger Jahren hat die UdSSR ihre Ausgaben für die «Wissenschaft» nahezu verdreifacht, hat sich die Zahl der Beschäftigten in Forschungs- und Entwicklungsorganisationen fast verdoppelt. Die Goldreserven wurden durch den Kauf von Fabriken und Apparaturen aus dem Westen, also durch eigentliche «Technologieeinspritzungen», weitgehend ausgetrocknet. Die Investitionen sind Jahr für Jahr rascher angestiegen als das Bruttosozialprodukt. Trotzdem ist der Ertrag der Neuinvestitionen regelmässig zurückgegangen, im Gegensatz zur Erhaltung oder Erhöhung des Grenznutzens von Neuinvestitionen im Westen.

Zwar hat man in der Sowjetunion durchaus erkannt, dass die technologische Wachstumsrate gesteigert werden musste. Aber das gesteckte Ziel, die Hebung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, konnte nicht erreicht werden. Die im Grundton pessimistischen Berichte der sechziger Jahre über die Schwierigkeiten in der Entwicklung und Einführung neuer Technologien sind ein vielsagendes Gegenstück zu den optimistischen Ankündigungen aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

Die Folge sind intensivierete Gespräche um Reformen, von denen man die Rettung erhofft.

### Reform in engen Grenzen

Wir haben bereits in einem früheren Beitrag darauf hingewiesen, dass den Veränderungsmöglichkeiten innerhalb des sowjetischen Systems enge Grenzen gesetzt sind.

Um durchschlagend erfolgreich sein zu können, müssten mit Reformen jene wirtschaftlichen und ideellen Anreize vermittelt werden können, die die Arbeitsproduktivität sprunghaft ansteigen liessen. Ein solches Programm müsste umfassen:

- **Dezentralisation der wirtschaftlichen Verantwortung auf der Ebene der Unternehmer; daher**
- **Zulassung echter Konkurrenz, was zur Ausschaltung von Grenzbetrieben führen würde;**
- **Steigerung der Konsumgüterproduktion, d. h. Förderung der Konsumwirtschaft zu Lasten**

**der Machtwirtschaft oder Eindämmung der Ausbeutung; daher**

- **Einführung der Souveränität des letzten Konsumenten, der die Produktion durch seine Nachfrage bestimmen können muss.**

Eine solche Reform hätte fraglos den erhofften wirtschaftlichen Erfolg. Sie würde indessen einen politischen Preis erfordern, der von einem kommunistischen Regime nicht ohne Selbstaufgabe bezahlt werden kann: mit dem Griff um das Volk verlöre das Regime nämlich auch die Basis seiner aggressiven Politik.

Aus diesem Grunde können kommunistische Wirtschaftsreformen das gestellte Problem gar nicht zentral angehen. Das einzige, was sie bezwecken können, ist eine Effektivitätssteigerung, eine Hebung der wirtschaftlichen Rationalität, und dafür bleibt ihnen bloss ein bescheidener Spielraum.

Sowohl die Postulate als auch die Verwirklichungen der sowjetischen Reformen der letzten fünf Jahre haben sich auf zwei Ebenen bewegt: auf der Ebene des Zentralisationsgrades von Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsverwaltung, und auf der Ebene der Gliederungsprinzipien nach Branchen, Regionen oder Funktionen.

Die grosse Wirtschaftsreform vom September 1965 hatte mit der Auflösung der von Chruschtschew 1957 eingeführten regionalen Volkswirtschaftsräte und der Bildung von 18 Industrieministerien das Branchenprinzip gegenüber dem Regionalprinzip erneut in den Vordergrund gerückt. Seit 1963, als im März mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR eine Art Wirtschaftskabinetts eingesetzt worden war, hatte der Zentralisierungsgrad der Wirtschaftsplanung einen neuen Höhepunkt erreicht, von dem bisher grundsätzlich nicht abgewichen worden ist. Mit jener Reform wurde das neue ökonomische System eingeführt, in dessen Rahmen man den Betrieben eine grössere wirtschaftliche Selbständigkeit zubilligte. Als Folge sollte sich die Produktion besser an der Nachfrage ausrichten. Durch ein neues Prämiensystem wurde der Gewinnanreiz verstärkt. Auf diese Weise sollten namentlich Einheit und Richtung der neuen Technologiepolitik wiederhergestellt werden.

Im wesentlichen kreist das sowjetische Reformdenken, das in offiziellen Veröffentlichungen Niederschlag findet, um drei Probleme:

- Verbesserung des Planungs- und Anreizsystems;
- realere Preisbildung;
- Umgestaltung von Forschung und Entwicklung.

Die Auswirkungen von möglichen Reformen

- innerhalb der eng gesetzten Grenzen wollen wir zu ergründen suchen.

### Planungs- und Anreizsystem

Die Reform des Planungs- und Anreizsystems ist 1965 eingeleitet worden und mittlerweile als neues ökonomisches System (NES) in den meisten Betrieben eingeführt worden. NES bedeutet in kurzer Zusammenfassung: erweiterte Kompetenzen des Betriebsleiters bezüglich Planausarbeitung; Heranziehung von Gewinn und Kapitalertrag als Massstab des Erfolges und Grundlage für Zuschüsse; Berücksichtigung von Kapitalzinsen als Kostenfaktor.

Auf diese Weise sollen die Betriebsleiter veranlasst werden, sich stärker nach der Nachfrage auszurichten, vor allem aber, neue Technologie anzuwenden und alte Einrichtungen auszumerzen, um die Kosten zu senken: die Kostensenkung soll also für die Unternehmung selbst einträglich werden.

Mit der Umstellung der meisten Unternehmungen auf das NES hat man zum Teil eine mehrjährige Erfahrung sammeln können: die Reform hat keine entscheidende Verbesserung der Lage gezeitigt — und wird es auch in Zukunft nicht. Wir greifen die wichtigsten Gründe heraus.

Einmal bleibt wegen der aggressiven Staatspolitik die Machtwirtschaft vorrangig: ein allzu grosser Teil der gesamtwirtschaftlichen Leistung bleibt dem Binnenkonsum entzogen. Daher werden die Verhältnisse eines Verkäufermarktes andauern. Und das verhindert die marktgerechte und damit rentierende Produktion.

Sodann — wir folgen hier Hans-Hermann Höhmann (in «Wirtschaftsreformen in Osteuropa», Köln 1968) — «hängen die Reformhindernisse damit zusammen, dass ein dezentralisiertes Planungssystem, in dem die Betriebe mehr und mehr zu Orten selbständiger Entscheidung und wirtschaftlicher Initiative werden, andere Anforderungen an die Betriebsleiter stellt als ein befehlswirtschaftliches System». In der Sowjetunion fehlen ganz einfach die nötigen echten Unternehmer, die Manager.

Weiter: Gegen die Heranbildung einer genügend grossen Zahl von Managern in genügend kurzer Zeit wird sich eine vorläufige stark hemmende Opposition nicht nur der bisherigen Betriebsleiter und der Funktionäre der Planungsbehörden wenden — was überwindbare Neidreaktionen sind —, sondern es muss sich die Partei zwangsweise gegen eine solche neue Schicht wenden, die mit ihrer Selbständigkeit und Macht die Partei selbst bedrohen würde. Die neue Klasse von Managern wäre nur dann wirtschaftlich wirksam, wenn sie die Produktion am Markt selbst ausrichten könnte, und das müsste gegen die Planvorschriften geschehen, was letztlich eben dem Regime die Grundlage der Machtpolitik entziehen würde.

Ferner: Aus genau diesem Grunde werden trotz aller Reformabsicht die wesentlichen Merkmale beibehalten, die zu Schwierigkeiten geführt haben. Die Anweisungen für *input*, *output*, Investition und technologische Erneuerung werden weiterhin zentral festgelegt. Die Zuteilung von Rohstoff, Halbfabrikaten, Fabrikationseinrichtungen, ja sogar von Arbeitskräften erfolgt ebenfalls von der Zentrale aus, die zudem jene Kriterien bestimmt, an denen der Erfolg des Unternehmens gemessen werden soll.

Schliesslich müssen die Volkswirtschaftspläne «knapp» gehalten werden, das heisst, dass nach technologischen Verbesserungen oder Anhebung der Arbeitsproduktivität das Plansoll erhöht wird, wodurch der Anreiz wiederum gehemmt wird. Wäre dies nicht der Fall, müsste sich die Wirtschaft langsam zugunsten des zivilen Sektors entwickeln.

Die Reform des Planungs- und Anreizsystems hat zwar die gute Richtung eingeschlagen. Allein, sie konnte nicht genügend weit fortschreiten. Im Ergebnis entsteht ein «funktionsschwaches Mischsystem» (Tuchfeldt), das eine Abwendung von den Reformen eher erzwingen wird als deren konsequente — und erst dann erfolgreiche — Fortführung. Dafür sei der Beweis wenigstens angedeutet.

Die Prämienzuschüsse als verbesserte Anreize müssen natürlich nach wie vor an die Erfüllung des Plansolls gebunden werden. Der Betriebsleiter wird also grösste Vorsicht walten lassen, wenn er neue Technologien einführt: sie sind mit erheblichen Risiken verbunden. Wegen der mangelnden «Realität» der sowjetischen Preise wird der eingeführte Kapitalzins ihn sogar an der Erneuerung des Maschinenparks hindern, dessen Amortisation womöglich jetzt schwerer zu bestimmen ist als zuvor. Die bedingte Konsumnähe wirkt kostenvertuernd: Die ersten NES-Betriebe waren beispielsweise Textilfabriken, die sich anfänglich in unrentable Massateliers verwandelten. Viele der komplizierten und verwirrenden Leitungsprinzipien wurden beibehalten: besondere Zuschüsse für die Einführung neuer Technologien, für die Herstellung neuer Produkte oder für die Qualitätsverbesserung der alten; all das, was sich unter dem neuen ökonomischen System selber finanzieren sollte.

Im unübersichtlichen Dschungel eines von der Bürokratie nicht mehr einheitlich und folgerichtig gehandhabten Leitungsprinzips ist es dem Betriebsleiter nach der Reform schwerer als zuvor, selbständig zu entscheiden: die Reform wird konterproduktiv.

### Realere Preisbildung

Die Sowjetunion, und zum Teil auch ihr unmittelbares Einflussgebiet in Osteuropa, stellt eine Preisinsel dar. Auf diesem Gebiet sind die Preise willkürlich festgesetzt. Diese Willkür ist durchaus nicht etwa unbegrenzt; den Realitäten muss Rechnung getragen werden. Aber die Willkür ist doch erstaunlich weit gegangen.

Die zentrale Preisbildung war der wichtigste Hebel für die Strukturveränderung der Wirtschaft. Als Folge davon entstanden Preise, die primär weder von den Kosten noch von der Nachfrage des letzten Konsumenten bestimmt wurden und nach dem Willen der Führung recht willkürlich durch ein undurchschaubares System von Subventionen herabgesetzt und von Steuern erhöht werden konnten. Diese von den Realitäten der Kosten und der Nachfrage isolierten Preise informierten den Betriebsleiter nicht darüber, was er wann, in welcher Quantität und zu welchem Aufwand herstellen sollte. Diese Information musste mit administrativen Anweisungen — zum Teil in willkürliche Preisfestsetzungen verkleidet — vermittelt werden.

Im Rahmen der Wirtschaftsreform von 1965 wurde der staatlichen Planungsbehörde ein Preis-

komitee beigegeben und mit der Aufgabe betraut, eine Reform der Preisbildung durchzuführen. Neue, höhere Preise wurden festgesetzt, die nun auch die Kapitalzinsen berücksichtigen. Damit war, nebenbei bemerkt, das Eingeständnis verbunden, dass ohne Berechnung von Kapitalzins — dem verpönten arbeitslosen Einkommen — eine Produktion nicht optimal wirtschaftlich sein kann. Uebrigens hat sich die sozialistische Wirtschaft in Zweifelsfällen oft genug nach den Weltmarktpreisen orientiert; auch dies ein vielsagender Hinweis auf die gefährliche Verfälschung, die durch willkürliche Preisbildung verursacht wird.

Mit der neuen Preisbildung wird wie ehemals versucht, das Verhalten der Betriebsleiter zu beeinflussen, vielleicht nach moderneren Grundsätzen: Dem Preiskomitee wurde ausdrücklich vorgeschrieben, die Rolle der Preise zu stärken, um dadurch den technologischen Fortschritt allseitig zu fördern. Die zu diesem Zweck verstärkte Bürokratie versucht denn auch, die Preise bis in die letzten Einzelheiten festzulegen. Man will, mittels gesteuerter Preise, die Betriebsleiter dazu anhalten, neue Maschinen zu kaufen und alte abzustossen. Die dafür gewählten Preisrelationen können allzuleicht aber dazu führen, dass sich eine wirtschaftlich kaum besser tragbare überhitzte Erneuerung der Maschinen ergibt. Also müssen die Preise für jedes Produkt den sich rasch verändernden Bedingungen mit höchster Beweglichkeit angepasst werden können. Damit eine Zentrale dies einigermaßen erfolgreich tun könnte, müsste sie jederzeit einen vollen Ueberblick über die Wirtschaftslage — bis in die letzten Details — haben. Dieses Ziel ist praktisch nicht erreichbar, auch nicht von einer noch so aufgeblähten Bürokratie.

Das Ziel, Marktpreise ohne Markt festzulegen, ist eine Aufgabe, die wohl jeder Beschreibung spottet. Aber ein Heer von Bürokraten in der Sowjetunion scheint entschlossen, diese Aufgabe zu lösen. Das Resultat wird unausweichlich eine weitere Komplizierung der Entschlussfassung und Verbürokratisierung der Wirtschaft sein, bis

das Regime Zuflucht zu verstärkter Zentralisierung nimmt, weil es die wirtschaftlich erforderliche Dezentralisierung aus politischem Zwang nicht zulassen darf.

### Umgestaltung von Forschung und Entwicklung

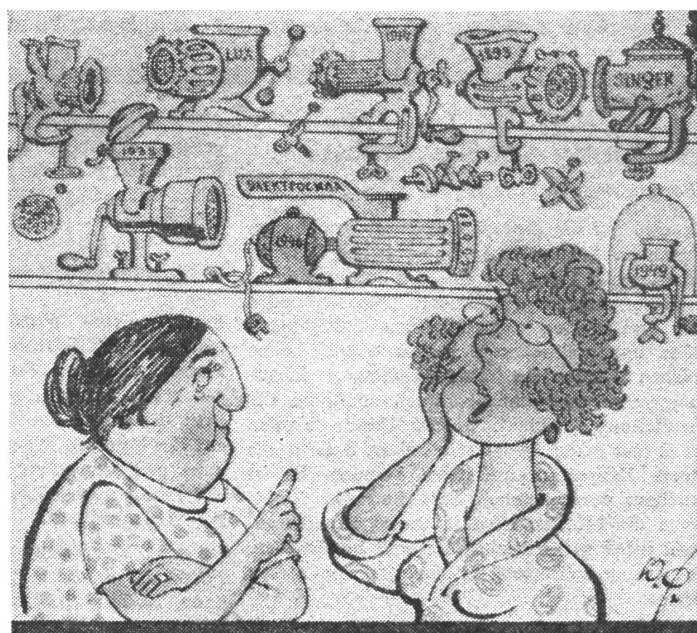
Im Oktober 1968 wurden durch Dekret die neuen Richtlinien für eine Umgestaltung von Organisation und Anreiz im Komplex der Forschung und Entwicklung ausgegeben. Danach soll das Staatskomitee für Wissenschaft und Technologie die Ausführung dieser Richtlinien koordinieren. Konkret wurde damit anfangs 1969 begonnen; daher liegen noch keine genügenden Erfahrungen als Grundlage für eine sachliche Beurteilung vor.

Im Grunde wendet das Dekret die Reformprinzipien von 1965 auf den Bereich von Forschung und Entwicklung an. Gehälter und Prämien der Wissenschaftler und die Gewinne der Forschungseinrichtungen sollen auf der wirtschaftlichen Wirksamkeit ihrer Leistung beruhen. Organisatorische Massnahmen sollen erlauben, die Kosten zu senken und die Verbindung zur Produktion zu festigen.

Vermutlich werden fast unüberwindliche Hindernisse auch hier die bürokratische Unbeweglichkeit, die Angst vor der Neuerung und der Neid gegenüber den Neuerern sein. Die durch die Richtlinien bedingten Umorganisationen werden Verzögerung, Verwirrung und Unzufriedenheit hervorrufen. Vorgesehen ist immerhin eine periodische Ueberprüfung der Forschungsinstitutionen von Akademien und Universitäten nach den Wirksamkeitskriterien, wie sie in der Industrie angewendet werden. Auf diese Weise dürfte sich die Arbeit in diesen Instituten mehr nach den praktischen Bedürfnissen der Industrie ausrichten und stärker auf die angewandte Forschung verlegen.

Damit aber könnte eine unerwartete Belastung verbunden sein. Diktaturen — angewiesen wie

(Fortsetzung auf Seite 6)



«Als mein Mann diese Sammlung (von alten Fleischwölfen) anlegte, hätte er es sich nie träumen lassen, dass sie so wertvoll würde (für den Gebrauch mangels neuer Waren).»

«Krokodil», Moskau, Nr. 20, Juli 1970.

Die Fleischwölfe sind übrigens in der UdSSR deshalb besonders unentbehrlich, weil sie auch jene Arbeit machen, welche hier etwa vom Passe-vite und Mixer verrichtet werden.

## Zusammenhänge

Die Bedeutung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD liegt nicht so sehr in dem, was er sagt, als vielmehr in dem, was er ungesagt verheisst. Seine ganze Wichtigkeit erhält der Text durch die politischen Zusammenhänge, aus denen er entstanden ist und wirken wird.

Abgesehen vom Papierwert eines Abkommens mit einem Partner, der noch keinen Vertrag länger eingehalten hat, als es ihm passte (der Ueberfall auf den souveränen Staat der Tschechoslowakei vor zwei Jahren beispielsweise war nicht nur eine Verletzung der von Moskau unterzeichneten UNO-Charta, sondern sogar eine Verletzung des gesamten Vertragswerkes des Warschauer Paktes), ist just dieser Vertrag aus sich selber heraus sehr wenig, aus seinen Möglichkeiten heraus aber sehr viel.

\*

Allerdings ist der Vertrag als textliche Realität seltsamerweise immer noch ein bisschen mehr, als es die westdeutschen Regierungssprecher wahrhaben wollen. So enthält der Artikel 3 nicht nur die Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Grenzen (Oder-Neisse) als polnisches Staatsgebiet, sondern auch die Anerkennung der DDR. Das steht nämlich ausdrücklich drin, und wieso es nicht wahr sein soll, ist eigentlich rätselhaft. Vielleicht deshalb, weil es als erstes Ergebnis der Bonner Ostpolitik zwar von der Opposition vorausgesagt, von der Regierung aber verneint worden war? Doch das ist nicht so wichtig, denn ein Auslegungsstreit lohnt sich nicht. Wenn sich erst alle an die Dinge gewöhnt haben, die anscheinend noch immer für manche etwas plötzlich wirken, werden nämlich auch die Regierungskreise ihre eigene Anerkennung anerkennen, mit der gerechten Frage, was denn eigentlich daran falsch sei. Also, warum nicht gleich jetzt? Ueberspringen wir demnach diese Schickslichkeitsfrist; was soll denn eigentlich falsch sein an der Anerkennung der DDR? Soll man die politischen Realitäten etwa nicht anerkennen?

Natürlich muss man. (Wie liesse sich auf eine so schön rhetorische Frage auch anders antworten?) Solange Anerkennung die Kenntnisnahme von Tatsachen bedeutet. Nur wird heute, jedenfalls wenn es um die DDR geht, gerne der Begriff der Anerkennung mit einem völlig andern Begriff erfüllt und als Pflicht der gleichen Vernunft vorgetragen: mit dem Begriff der Gutheissung nämlich. Das ist so ein delikater Unterschied, der lange Zeit keine Rolle zu spielen schien und nun plötzlich sehr wichtig wird. Wie zwischen Besitz und Eigentum. Wenn mir einer meine Uhr gestohlen hat, so kann ich mich vernünftigerweise der Einsicht nicht verschliessen, dass er sie besitzt, aber dass ich ihn deswegen als ihr Eigentümer anerkenne, wäre wiederum unvernünftig. Immerhin, ich kann mir einen Fall denken, bei dem dieses Verhalten tatsächlich vernünftig ist. Wenn der andere nämlich sehr viel mächtiger ist als ich und mir mit unangenehmen Folgen für den Fall drohen kann, dass ich ihm seine Eigentumsrechte nicht bestätige.

Zurück zur Anerkennung der DDR. Es ist uns allen ja so schön klar, dass die Anerkennung der politischen Realitäten in diesem Falle vom Westen vorgenommen werden muss, als Vorbedingung für Frieden, Entspannung, Zusammenarbeit. In diesem Fall aber muss ebenso klar sein, dass die östliche Anerkennung von Südkorea oder Südvietnam (deren politische Realität als De-facto-Staaten nicht in Frage steht) die Vorbedingung für die gleichen edlen Dinge sein muss. Komischerweise erwartet das niemand vom sozialistischen Lager.

Und wenn wir schon bei der Anerkennung der politischen Realitäten als politischer Grundsatz sind: Ich kann mich irren, aber mir scheint, dass er ausschliesslich, einzig und allein in bezug auf Positionen gilt, die in kommunistischer Hand sind. Er gilt in keiner Weise für die als imperialistisch und kolonialistisch definierten Positionen des Westens, die im Abbau begriffen sind. Dort gelten plötzlich alle Mittel, vom Boykott bis zur bewaffneten Gewalt, zur

Abschaffung dieser Realitäten als richtiger politischer Grundsatz. Man versuche sich doch vorzustellen, was mit einem passieren würde, der gleiches zur Befreiung der osteuropäischen Kolonien der UdSSR vorschlagen wollte.

Dabei besteht dieser Kolonialismus und ist sogar im Ausbau. Das ist so unwiderleglich, dass man es schlicht und einfach als «sattsam bekannt» bezeichnet, als ob das ein Argument wäre, nichts dagegen zu tun.

**So haben wir heute zwei gegenläufige Trends: einerseits die sogenannte Versachlichung der Politik, die in der Billigung kommunistischer Diktaturen besteht, und andererseits die sogenannte engagierte Politik, die in der Bekämpfung westlicher Uebel besteht. Und es wäre an der Zeit, dass man diese grundlegende Heuchelei unserer Gegenwart wenigstens in dem Sinne als Realität anerkennt, dass man sie beim Namen nennt.**

\*

Soviel zum Thema «Anerkennung und Gutheissung der Realitäten je nach dem». Dass, davon abgesehen, Bonn in seinem Vertrag bezüglich Polen und der DDR politische Gegebenheiten anerkannt hat, an denen es ohnehin nichts ändern kann, ist völlig richtig. Aber das hatte man eigentlich schon vorher auch ohne Vertrag gewusst; und insofern verändert der Text machtpolitisch gar nichts. Sein Sinn liegt nicht in der geographischen Landschaft, sondern in der politischen.

Was enthält der Vertrag an Verpflichtungen? Dass die Partner ihre Streitfragen ausschliesslich mit friedlichen Mitteln lösen wollen, ist schön, obwohl ich mir eigentlich keinen Vertrag vorstellen kann, bei dem die Parteien einander versprechen würden, ihre Händel auf kriegerischem Weg auszutragen. Im übrigen wird die Gewaltverzichtsversicherung zwischen einem Pudel und einem Löwen ausgetauscht. Und der Bonner Pudel hatte sich noch so reizend be-

## Hoffnung auf Reformen?

(Fortsetzung von Seite 5)

sie sind auf die grossen und meist machtorientierten Kollektivleistungen — haben Wissenschaftler und Ingenieure neben Künstlern immer besonders bevorzugt behandelt. Dies, verbunden mit dem Fehlen wirtschaftlicher Erfolgsmassstäbe und politischer Verantwortungen, haben solchen Berufen ein hohes Ausmass an Handlungsfreiheit und eine überdurchschnittliche Lebenshaltung gesichert. Solche Berufe wurden ideell und materiell derart attraktiv, dass sie die innere Emigration auffangen konnten. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die neuen Richtlinien die Möglichkeiten in diesen Berufen sowohl ideell wie materiell drastisch beschneiden. Das könnte sehr wohl zu Nachwuchsproblemen führen.

Die Wirtschaftsreform vermag die Schwierigkeit

der sowjetischen Wirtschaft nicht zentral anzugehen und zu beheben. Sie kann nur eine bessere Rationalität und Wirksamkeit in den aus politischen Gründen gesetzten, engen Grenzen herbeiführen.

### Schlussfolgerungen

Inspiriert vom Westen, hat die Sowjetunion marktwirtschaftliche Begriffe und Kriterien, wie Preise, Verkäufe, Gewinne, Zinsen, herangezogen, ohne den Markt selbst einführen zu können. Statt dessen werden die wirtschaftlichen Hebel auf die bisherige Weise manipuliert: durch Planung und Verwaltung, die immer umfassender und mithin auch bürokratischer und schwerfälliger werden müssen.

Ob der wissenschaftliche und technologische Fortschritt unter solchen Bedingungen gedeihen kann, ist fraglich. Die technologische Entwicklung ist — mehr denn je — ein höchst dynami-

scher Prozess, der echte Unternehmertätigkeit und gesteigerte Beweglichkeit erfordert. In der UdSSR ist indessen nur der Staat Unternehmer. Ihm nachgeordnet sind Bürokraten, die notorisch unbeweglich sind und denen Veränderungen widerstreben. Ausserdem fördert die sowjetische Erziehungspolitik den eng spezialisierten Wissenschaftler und Ingenieur: eine Ausbildung, die kaum Absolventen mit Unternehmerfähigkeiten hervorbringt.

Den technologischen Wettlauf gewinnen Länder, deren wirtschaftliche und wissenschaftliche Institutionen schnelles Handeln und rasche Anpassung an die Veränderungen gewohnt sind. Bei den heute derart gesteigerten Entwicklungstempi dürfte die UdSSR gegenüber dem Westen in zunehmenden Nachteil geraten. Es könnte sein, dass dies sogar auf den Machtsektor, auf die Herstellung modernster Waffen und auf die Raumschiffahrt zutrifft.

(Schluss der Serie)